

## Jahr der Behinderten

mißbraucht worden waren, um polizeiliche Gewaltanwendung gegen Behinderte zu provozieren, worauf selbstverständlich verzichtet wurde, doch konnten sich vor allem die nichtbehinderten Teilnehmer der Dortmunder Veranstaltung nicht der Erschütterung erwehren angesichts der Tatsache, daß hier Behinderte offensichtlich erstmals Gelegenheit bekommen hatten, ihre ganze Verzweiflung, ihre Ohnmacht und Hilflosigkeit in alle Öffentlichkeit hinauszuschreien.)

Die Eröffnungsfeier fand schließlich in der Halle 3, auf dem „Markt der Begegnungen“ statt, in der sich die große Mehrheit der Behinderten drängte, wo Bundespräsident Carstens im Anschluß an seine Ansprache auch das Gespräch mit einzelnen Behinderten suchte und fand.

Unter dem Eindruck der Dortmunder Ereignisse gewinnen die folgenden Sätze aus der Ansprache von Bundespräsident Professor Carstens ein besonderes Gewicht: „Ich appelliere an alle Mitbürger, sich über die Fragen der Behinderten zu informieren. Helfen Sie auch dadurch mit, daß Sie die Arbeit der Einrichtungen für Behinderte finanziell unterstützen. Zeigen Sie ein offenes Herz für Ihren behinderten Mitmenschen! Die, die keine Behinderung zu tragen haben, sollten daran denken, daß dies kein Verdienst ist, sondern ein Geschenk, das zur tätigen Hilfe verpflichtet, und, das sollten wir auch bedenken, ein Geschenk, das uns täglich genommen werden kann. Tätige Hilfe, das heißt doch, daß wir den Behinderten als Menschen annehmen. Die Behinderten wollen keine Sonderrolle oder Sonderstellung. Sie dürfen aber auch nicht in den Hintergrund gedrängt werden und abseits der Gesellschaft als Randgruppe leben. In vielen Fällen macht – wie ich von Behinderten weiß – nicht die Behinderung selbst die Last so schwer, sondern das Abgesondertwerden und Abseitsstehen.“ Anna-Maria Graben

## AUS EUROPA

### SCHWEIZ

#### Zürich stimmte für die Hausärzte

Eine schwere Niederlage hat in Zürich eine bisher nur in der Kommunalpolitik aktive ultralinke Gruppierung erlitten. Die „POCH“ (Progressive Organisation der Schweiz) hatte als Experiment und Beginn für eine Sozialisierung des Gesundheitswesens eine Volksinitiative zustande gebracht, mit der im Zürcher Stadtquartier 9 eine „Quartierspoliklinik“ für die primärärztliche Versorgung durchgesetzt werden sollte. Dies ging sogar der sozialdemokratischen Fraktion im Stadtparlament zu weit; Gemeinderat und Stadtrat (Regierung) legten je einen abgemilderten Vorschlag vor.

Die Zürcher Stimmbürger aber ließen alles beim alten – also beim bewährten System der freiberuflichen ärztlichen Versorgung. Die POCH-Initiative scheiterte in der Volksabstimmung mit 19 689 gegen 45 689 Stimmen – 30 zu 70 Prozent. Die anderen beiden Vorlagen gingen mit 40 zu 60 und ebenfalls 30 zu 70 Prozent unter.

Vor vier Jahren hatte die POCH das Experiment schon einmal gewagt; dabei war das Ergebnis wesentlich knapper gewesen – damals hatten 48 Prozent der Stimmbgebenden die „Quartierspoliklinik“ befürwortet. Eine Wiederholung erschien also erfolgversprechend; daß dieser Erfolg nicht eintrat, führen Zürcher Kommunalpolitiker zum einen darauf zurück, daß der Schweizer Stimmbürger bei angespannter Wirtschaftslage gegenüber geldträchtigen Vorlagen regelmäßig skeptischer wird, zum anderen aber auch darauf, daß sich diesmal im Gegensatz zu 1977 die Zürcher Ärztegesellschaft vor der Abstimmung zu Wort gemeldet und natürlich zur Ablehnung aufgerufen hatte.

Sie hatte dafür gesorgt, daß der Bevölkerung die Alternative „Ge-

sundheitszentrum oder Hausarzt“ bei der Stimmabgabe vor Augen stand. Im gleichen Wahlgang wurden andererseits zwei kostspielige Sanierungsvorhaben am Zürcher Stadtpital Waid fast ohne Gegenstimmen bewilligt. bt

### ITALIEN

#### Was eine Ärztekammer kann . . .

In der norditalienischen autonomen Provinz Trient ist Mitte Januar die gesamte Provinzialregierung ausschließlich ihres Präsidenten zu Gefängnisstrafen zwischen sechs und acht Monaten verurteilt worden. Da mit dem Urteil auch ein sofort in Kraft tretendes Verbot für einige Jahre verbunden war, öffentliche Ämter zu bekleiden, saß der Regierungspräsident plötzlich allein da, und ihm blieb nichts übrig, als zunächst einmal die entsprechenden Assessoren der übergeordneten Regionalregierung Südtirol/Trient zu bitten, die verwaisten Ämter mitzuverwalten. Acht der verurteilten Assessoren gehörten der Christlich-Demokratischen, einer der Republikanischen Partei an. Der Fall entzündete sich an der Neubesetzung der lange vakanten Stelle des Provinzialarztes. Mit der Begründung, angesichts der bevorstehenden Gesundheitsreform wisse man ohnehin noch nicht so recht, was die Kompetenzen dieses Provinzialarztes seien, hatte die Provinzregierung auf die gesetzlich vorgeschriebene Stellenausschreibung verzichtet und einen Arzt direkt berufen, der zufälligerweise auch christdemokratisches Parteimitglied war.

Gegen dieses Verfahren beschwerte sich die Ärztekammer der Provinz – ob sie den Blitzschlag des Gefängnisurteils vorhergesehen hat, bleibt dahingestellt. Der Regierungspräsident entging einer Verurteilung nur deswegen, weil er nachweislich an der betreffenden Sitzung nicht teilgenommen hatte. bt